

Kleine Anfrage

des Abg. Dr. Boris Weirauch SPD

und

Antwort

des Ministeriums für Verkehr

Entwicklung der Stickstoffdioxidbelastung in der Mannheimer Innenstadt: Wie bewertet die Landesregierung die negative Trendentwicklung?

Kleine Anfrage

Ich frage die Landesregierung:

1. Wie bewertet die Landesregierung die durch die Landesanstalt für Umwelt Baden-Württemberg veröffentlichten Messwerte für Stickstoffdioxid an der Mannheimer Messstelle Friedrichsring für das Jahr 2018 und die Tatsache, dass sich die Belastung mit Stickstoffdioxid von 45 $\mu\text{g}/\text{m}^3$ (2017) auf 47 $\mu\text{g}/\text{m}^3$ (2018) verschlechtert hat?
2. Wie bewertet die Landesregierung diese Entwicklung der Messwerte für Stickstoffdioxid an der Mannheimer Messstelle Friedrichsring im Kontext des Luftreinhalteplans für Mannheim und dessen Wirkungsprognose von 2016, die bis 2020 auch ohne weitere Maßnahmen ein Unterschreiten des Grenzwerts (40 $\mu\text{g}/\text{m}^3$) an der Messstelle Friedrichsring prognostiziert hatte?
3. Aus welchem Grund sind nach Einschätzung der Landesregierung die realen Messwerte für Stickstoffdioxid an der Mannheimer Messstelle Friedrichsring für 2016, 2017 und 2018 über denen, die 2016 als voraussichtliche Wirkungen des Luftreinhalteplans prognostiziert wurden?
4. Geht die Landesregierung angesichts der vorliegenden Messwerte für Stickstoffdioxid an der Mannheimer Messstelle Friedrichsring für die Jahre 2017 und 2018 weiterhin davon aus, dass durch eine Reduktion des Verkehrsaufkommens um etwa 6 Prozent im Bereich der Messstelle der Grenzwert von 40 $\mu\text{g}/\text{m}^3$ unterschritten werden könnte, wie in der Antwort des Verkehrsministeriums in Drucksache 16/2637 (Seite 4) dargelegt?
5. Hält die Landesregierung im Kontext der ansteigenden Messwerte für Stickstoffdioxid an der Mannheimer Messstelle Friedrichsring die Anstrengungen der Stadt Mannheim zur Förderung von Elektromobilität für ausreichend und zielführend?

Eingegangen: 08.02.2019 / Ausgegeben: 18.03.2019

*Drucksachen und Plenarprotokolle sind im Internet
abrufbar unter: www.landtag-bw.de/Dokumente*

Der Landtag druckt auf Recyclingpapier, ausgezeichnet mit dem Umweltzeichen „Der Blaue Engel“.

6. Wie bewertet die Landesregierung im Kontext der ansteigenden Messwerte für Stickstoffdioxid an der Mannheimer Messstelle Friedrichsring die Möglichkeit eines Transitverbots für Schwerlastverkehr in der Mannheimer Innenstadt unter Darlegung, welche Bedingungen dies voraussetzt?
7. Welche Maßnahmen vonseiten des Landes und der Stadt hält die Landesregierung in Reaktion auf die ansteigenden Messwerte für Stickstoffdioxid an der Mannheimer Messstelle Friedrichsring im Jahr 2018 für sinnvoll?
8. Werden nach Kenntnis der Landesregierung im Rahmen der durch das Bundesverkehrsministerium angekündigten Überprüfung von Messstellen für Stickoxid- und Feinstaubbelastung auch die Mannheimer Messstationen überprüft?
9. Sind nach Einschätzung der Landesregierung aufgrund der 2018 angestiegenen Messwerte für Stickstoffdioxid an der Mannheimer Messstelle Friedrichsring Fahrverbote für Mannheim zu befürchten?
10. Inwieweit – bzw. wenn nein, warum – können für Mannheim systematische Fehler bei der Ermittlung der Stickstoffdioxidkonzentrationen wie in München (falsche Hochrechnung gemessener Werte aufgrund überalterter Daten) ausgeschlossen werden?

08.02.2019

Dr. Weirauch SPD

Begründung

Die für 2018 veröffentlichten Messwerte für Stickstoffdioxid an der Mannheimer Messstelle Friedrichsring zeigen nach mehreren Jahren von abnehmender, jedoch durchgehend grenzwertüberschreitender Stickstoffdioxid-Belastung ein erneutes Ansteigen der Stickstoffdioxid-Belastung am Friedrichsring an. Die durch das Regierungspräsidium Karlsruhe in Auftrag gegebene Studie von 2016 zur Analyse der voraussichtlichen Auswirkungen der Maßnahmen des Luftreinhalteplans für Mannheim, auf der auch Teile der Antwort des Verkehrsministeriums auf eine frühere Kleine Anfrage bezüglich Fahrverboten für Dieselfahrzeuge in Mannheim (Drucksache 16/2637) aufbauten, hatte auch ohne weitere Maßnahmen zur Luftreinhaltung ein stetiges Absinken der Stickstoffdioxid-Belastung am Friedrichsring und ein Unterschreiten des Grenzwerts von $40 \mu\text{g}/\text{m}^3$ ab 2020 prognostiziert. Die Kleine Anfrage hat zum Zweck herauszufinden, wie die Landesregierung die nun vorliegenden Daten bewertet und ob sich aus den realen Messwerten für 2017 und 2018, die die in 2016 projizierten Werte deutlich überschreiten, die Notwendigkeit einer Anpassung des Luftreinhalteplans ergibt. Weiterhin will die Kleine Anfrage ergründen, ob die Landesregierung davon ausgeht, dass auch die Mannheimer Messstationen unter die – wie vom Bundesverkehrsministerium angekündigt – zu überprüfenden Messstationen fallen.

Antwort

Mit Schreiben vom 8. März 2019 Nr. 4-0141.5/429 beantwortet das Ministerium für Verkehr im Einvernehmen dem Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Wohnungsbau die Kleine Anfrage wie folgt:

- 1. Wie bewertet die Landesregierung die durch die Landesanstalt für Umwelt Baden-Württemberg veröffentlichten Messwerte für Stickstoffdioxid an der Mannheimer Messstelle Friedrichsring für das Jahr 2018 und die Tatsache, dass sich die Belastung mit Stickstoffdioxid von 45 µg/m³ (2017) auf 47 µg/m³ (2018) verschlechtert hat?*

Nachdem an der straßennahen Messstation Mannheim Friedrichsring der Jahresmittelwert für Stickstoffdioxid (NO₂) ab dem Jahr 2015, ausgehend von 47 µg/m³, zunächst jährlich um jeweils 1 µg/m³ gesunken ist, wurde im Jahr 2018 wieder ein Jahresmittelwert von 47 µg/m³ gemessen. Der Anstieg von rund 2 µg/m³ von 2017 auf 2018 trat auch im städtischen Hintergrund, d. h. an der Luftmessstation Mannheim-Nord, einer Station ohne direkten Verkehrseinfluss, mit einem NO₂-Jahresmittelwert von 22 µg/m³ in 2017 und 24 µg/m³ in 2018 auf. Die beiden Luftmessstationen Ludwigshafen-Oppau und Ludwigshafen-Mundenheim zeigen einen vergleichbaren Anstieg. Im Gegensatz hierzu sank der NO₂-Jahresmittelwert am straßennahen Messpunkt Ludwigshafen-Heinigstraße im Jahr 2018 um 4 µg/m³ auf 40 µg/m³.

Der Anstieg der NO₂-Jahresmittelwerte an den Luftmessstationen im städtischen Hintergrund dürfte maßgeblich wetterbedingt verursacht sein. Aufgrund des extremen Sommers und der damit einhergehenden langanhaltenden und ozonreichen Wetterlagen wurde über photochemische Prozesse vermehrt Stickstoffdioxid gebildet. Ein Jahresmittelwert von 47 µg/m³ an der verkehrsnahen Messstation Mannheim Friedrichsring verdeutlicht die Dringlichkeit, dass die geplanten Maßnahmen zeitnah und konsequent umgesetzt werden.

- 2. Wie bewertet die Landesregierung diese Entwicklung der Messwerte für Stickstoffdioxid an der Mannheimer Messstelle Friedrichsring im Kontext des Luftreinhalteplans für Mannheim und dessen Wirkungsprognose von 2016, die bis 2020 auch ohne weitere Maßnahmen ein Unterschreiten des Grenzwerts (40 µg/m³) an der Messstelle Friedrichsring prognostiziert hatte?*
- 3. Aus welchem Grund sind nach Einschätzung der Landesregierung die realen Messwerte für Stickstoffdioxid an der Mannheimer Messstelle Friedrichsring für 2016, 2017 und 2018 über denen, die 2016 als voraussichtliche Wirkungen des Luftreinhalteplans prognostiziert wurden?*

Die Frage 3 und die Frage 4 werden aufgrund des Sachzusammenhangs gemeinsam beantwortet:

Für das Wirkungsgutachten, das Ende des Jahres 2016 veröffentlicht wurde, wurde als Referenzzustand das Datenjahr 2015 herangezogen. In Kapitel 7.4 des Gutachtens werden die Berechnungsergebnisse für die Trendentwicklung der Jahre 2015 bis 2020 dargestellt. Bis zum Jahr 2017 stimmen die gutachterlich berechneten Werte für den NO₂-Jahresmittelwert an der Messstation Mannheim Friedrichsring mit den gemessenen Werten gut überein. Der gemessene NO₂-Jahresmittelwert für 2018 liegt etwa 4 µg/m³ über dem berechneten Wert. Wetterbedingte Einflüsse, wie der extreme Sommer 2018, mit erhöhten Ozon- und NO₂-Konzentrationen können bei solchen Berechnungen nicht berücksichtigt werden. Neben der Dringlichkeit einer zeitnahen und konsequenten Umsetzung der geplanten Maßnahmen muss die weitere Entwicklung der NO₂-Konzentrationen beobachtet werden.

4. *Geht die Landesregierung angesichts der vorliegenden Messwerte für Stickstoffdioxid an der Mannheimer Messstelle Friedrichsring für die Jahre 2017 und 2018 weiterhin davon aus, dass durch eine Reduktion des Verkehrsaufkommens um etwa 6 Prozent im Bereich der Messstelle der Grenzwert von $40 \mu\text{g}/\text{m}^3$ unterschritten werden könnte, wie in der Antwort des Verkehrsministeriums in Drucksache 16/2637 (Seite 4) dargelegt?*
7. *Welche Maßnahmen vonseiten des Landes und der Stadt hält die Landesregierung in Reaktion auf die ansteigenden Messwerte für Stickstoffdioxid an der Mannheimer Messstelle Friedrichsring im Jahr 2018 für sinnvoll?*
9. *Sind nach Einschätzung der Landesregierung aufgrund der 2018 angestiegenen Messwerte für Stickstoffdioxid an der Mannheimer Messstelle Friedrichsring Fahrverbote für Mannheim zu befürchten?*

Die Frage 4, 7 und 9 werden aufgrund des Sachzusammenhangs gemeinsam beantwortet:

Das Wirkungsgutachten aus dem Jahr 2016 hat für eine mögliche Grenzwerteinhaltung am Friedrichsring in Mannheim eine Mindestreduktion der Verkehrsmenge von gut 6 Prozent errechnet. Auf dieser Grundlage hat das Regierungspräsidium Karlsruhe zusammen mit der Stadt Mannheim eine umfangreiche Maßnahmenliste zur Reduzierung des durchschnittlichen täglichen Verkehrs (DTV) erstellt, die auf der Internetseite des Regierungspräsidiums Karlsruhe veröffentlicht ist. Diese Maßnahmenliste wird fortlaufend weiterentwickelt und auch derzeit überarbeitet. Dass die Maßnahmen vor Ort Wirkung zeigen, ergibt sich aus Verkehrszählungen, die an den beiden Neckarbrücken erhoben wurden: Der innerstädtische DTV (Zu- und Ablauf) verringerte sich innerhalb eines Jahres um rund 5 Prozent (Vergleich November 2017 zu November 2018).

Die Reduktion des Verkehrsaufkommens zur Verringerung der Stickstoffdioxid-Emissionen aus der Quellengruppe Straßenverkehr ist weiterhin zielführend. Die Verringerung der Emissionen aus der Quellengruppe Industrie und Gewerbe wurde und wird durch die Fortentwicklung der immissionsschutzrechtlichen Vorgaben entsprechend dem fortschreitenden Stand der Technik abgedeckt. Die Quellengruppe Hausbrand hat in Mannheim aufgrund des hohen Anteils an Fernwärmeversorgung (etwa 80 Prozent im innerstädtischen Bereich, 60 Prozent im Stadtgebiet) nur eine geringe Bedeutung.

Aufgrund der zahlreichen Maßnahmen der Stadt Mannheim zur Verbesserung der Luftqualität sowie die Umsetzung der durch den Bund umfangreich geförderten Modellstadtprojekte ab 2019 soll zunächst die Entwicklung der Messwerte im Laufe des Jahres 2019 beobachtet werden. Um hierfür die Datenbasis zu ergänzen und zu aktualisieren, werden zusätzliche Messungen durchgeführt (Luisenring, Neckarauer Straße, Hauptstraße (Feudenheim)).

5. *Hält die Landesregierung im Kontext der ansteigenden Messwerte für Stickstoffdioxid an der Mannheimer Messstelle Friedrichsring die Anstrengungen der Stadt Mannheim zur Förderung von Elektromobilität für ausreichend und zielführend?*

Die Förderung von Elektromobilität ist nur ein Teil der Maßnahmen, die in Mannheim ergriffen werden. In der veröffentlichten Maßnahmenliste werden hierzu als Maßnahmen bislang aufgeführt: Elektrifizierung des urbanen Wirtschaftsverkehrs (Brief- und Paketauslieferung der Morgenpost), E-Schwerlastverkehr (Pendelverkehr zwischen GKM und Verbindungskanal), Micro-Hub (Modellstadt-Maßnahme: emissionsfreie Paket-Zustellung im Innenstadtbereich), E-Fernbuslinie (zwischen Mannheim und Frankfurt), Elektrifizierung des städtischen Fuhrparks (Beantragung von 14 E-Fahrzeugen), Elektro-Fahrzeuge beim Car-Sharing, Ausbau der Ladeinfrastruktur für E-Pkw, Anschaffung von E-Lastenfahrrädern. Die Landesregierung wirbt dafür, dass mehr Kommunen von den Möglichkeiten des Elektromobilitätsgesetzes Gebrauch machen, Nutzervorteile für Elektrofahrzeuge zu gewähren. Dazu hat die Landesagentur e-mobil BW kürzlich einen Leitfaden veröffentlicht.

6. *Wie bewertet die Landesregierung im Kontext der ansteigenden Messwerte für Stickstoffdioxid an der Mannheimer Messstelle Friedrichsring die Möglichkeit eines Transitverbots für Schwerlastverkehr in der Mannheimer Innenstadt unter Darlegung, welche Bedingungen dies voraussetzt?*

Ein Transitverbot für Schwerlastverkehr würde dort, wo die Stickstoffdioxid-Emissionen zu einem hinreichend großen Anteil vom Schwerlastverkehr herrühren, eine messbare Senkung der Stickstoffdioxid-Immissionen erwarten lassen. Das Gutachten von 2016 geht für den Friedrichsring von einem Anteil der schweren Nutzfahrzeuge am Gesamtverkehrsaufkommen von 2,1 Prozent aus. Für das Jahr 2018 wurde ein Emissionsanteil der schweren Nutzfahrzeuge von gut 12 Prozent an den Gesamtemissionen an Stickstoffdioxid des Verkehrs ermittelt. Die Emissionsanteile der Diesel-Pkw bzw. Otto-Pkw betragen 62 Prozent bzw. 19 Prozent. Durch ein Transitverbot für Schwerlastverkehr könnte ein kleiner Teil der Stickstoffdioxidemissionen des Schwerlastverkehrs verringert werden, da Durchgangsverkehre in Städten erfahrungsgemäß nur geringe Anteile ausmachen. Um eine solche Maßnahme umzusetzen, ist ein Lkw-Lenkungskonzept erforderlich, bei dem ausgeschlossen ist, dass Ausweichverkehre an anderen Stellen zu verkehrlichen Belastungen und Verschlechterungen, insbesondere bei der Luftreinhaltung oder dem Lärmschutz, führen.

8. *Werden nach Kenntnis der Landesregierung im Rahmen der durch das Bundesverkehrsministerium angekündigten Überprüfung von Messstellen für Stickstoffdioxid- und Feinstaubbelastung auch die Mannheimer Messstationen überprüft?*

Ja.

10. *Inwieweit – bzw. wenn nein, warum – können für Mannheim systematische Fehler bei der Ermittlung der Stickstoffdioxidkonzentrationen wie in München (falsche Hochrechnung gemessener Werte aufgrund überalterter Daten) ausgeschlossen werden?*

Mit dem Wirkungsgutachten von 2016 wurden nicht nur das Jahr 2015, sondern auch die Entwicklung der Jahre bis 2020 untersucht. Durch die Ergänzung und Aktualisierung der Datenbasis durch zusätzliche Messungen und ein auf aktuellen Daten aufbauendem zweiten Wirkungsgutachten können systematische Fehler, wie eine überholte Datenbasis, ausgeschlossen werden.

Hermann
Minister für Verkehr